

Pressemitteilung

AGF fordert die Einlösung der Wahlversprechen!

Die in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen zusammengeschlossenen Familienverbände mahnen die Einlösung der im Wahlkampf gemachten Versprechungen für die Familien an:

„Wir appellieren an die Unionsparteien CDU/CSU und die FDP, bei den laufenden Koalitionsverhandlungen die mehr als 8,6 Millionen Familien nicht zu vergessen. Wir fordern die Erhöhung des Kindergeldes und die Anhebung des Kinderfreibetrages, was von den zukünftigen Koalitionsparteien im Wahlkampf zugesagt worden und in den Wahlprogrammen nachzulesen ist“, mahnt die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., Edith Schwab, heute in Berlin.

„Das Kindergeld kommt insbesondere einkommensschwachen Familien zugute. Es ist aber kein Wahlgeschenk, sondern die längst überfällige Herstellung einer gerechten Familienbesteuerung, die vom Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren dem Gesetzgeber aufgetragen wurde“, ergänzt die Vorsitzende.

„Wir dürfen auch nicht die mehr als 2,5 Millionen Kinder und deren Familien vergessen, die von Armut bedroht sind oder bereits in Armut leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind“, erläutert Edith Schwab. „Der weitere Ausbau des Kinderzuschlages, wie im Wahlkampf versprochen, ist jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein!“

Die Vorsitzende der AGF erinnert in diesem Zusammenhang an die Kampagne der Arbeitsgemeinschaft zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder. Durch die Reduzierung der Kosten für die Babyerstausrüstung und für Schulmaterial wird eine spürbare Entlastung vor allem dieser Familien erreicht. Politiker der Unionsparteien und der FDP hatten vor der Bundestagswahl zugesichert, eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze, wie von der AGF vorgeschlagen, ernsthaft zu überprüfen.

„Wir warnen allerdings davor, all diese dringend erforderlichen Maßnahmen durch Einsparungen bei familienpolitischen Leistungen wie dem Ausbau der Kleinkindbetreuung gegen zu finanzieren“, mahnt die Vorsitzende. „Die politisch Verantwortlichen müssen endlich handeln“ fährt die Vorsitzende der AGF fort. „Den Worten müssen nun ernsthafte Taten folgen!“

In der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. sind der Deutsche Familienverband (DFV), die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), der Familienbund der Katholiken (FDK), der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und der Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) zusammengeschlossen.

Berlin, 16. Oktober 2009